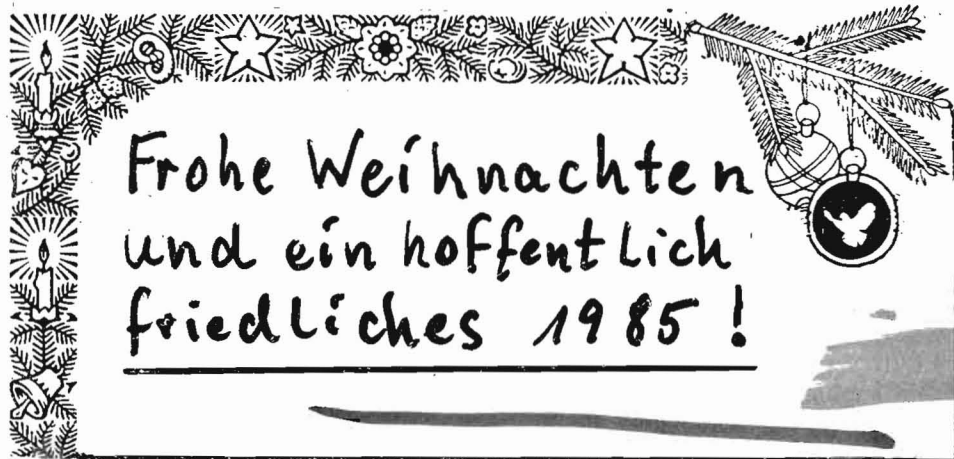


Für den 20. Januar plant der Ostermarschkreis in Mainz eine Friedensversammlung der Friedensgruppen in Rheinland-Pfalz unter dem Motto: "Hiroshima mahnt - stoppt den Rüstungswahnsinn". Tagungsort wird noch bekanntgegeben. in 6 Arbeitskreisen soll über inhaltliche Schwerpunkte der Friedensarbeit gearbeitet werden.
Themen: "40. Jahrestage in '85"; "die neuen Militärstrategien"; "Umweltzerstörung durch Rüstung"; "Rüstung - Dritte Welt"; "Hochrüstung und innere Militarisierung - Abbau demokratischer Rechte"; "Hochrüstung und Sozialabbau". Es sind Referenten für die Arbeitskreise gewonnen worden. Wir empfehlen eine rege Teilnahme aller unserer Gruppen an dieser Veranstaltung.



SOLIDARITÄT mit den Britischen Bergarbeitern.

Wir bitten Euch um Hilfe für die seit mehr als sechs Monaten streikenden Britischen Bergarbeitern und ihre Familien.
Unser Spendenkonto hat folgende Nummer:

IG Metall Vorstand
1 000 212 199
Bank für Gemeinwirtschaft, Ffm.
BLZ 500 101 11

Kennwort: Unterstützung der "Bergarbeiter Englands" Konto 200

Industriegewerkschaft Metall
f.d. Bundesrepubl. Deutschland
Bezirksleitung Frankfurt/M.

Volkmar Heusel
Volkmar Heusel

Friedens - Informationen

Unkostenbeitrag: 0,50 DM

Nr. 5 Dezember 1984



Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

Volkstrauertag '84 in Schabbach



Die Friedensinitiative Rhein-Hunsrück und die »Sumpf-dotterblume«, eine gewaltfreie Aktionsgruppe von Mitarbeitern der rheinischen Kirche nutzten den Volkstrauertag '84, um in »Schabbach« (Woppenroth) an Tod, Vernichtung und Verfolgung der Vergangenheit zu erinnern und die Frage nach »unserer Heimat«, die Kriege und Gewalt erlebt hat neu zu stellen. Auf Flugblättern wurde zur Versöhnung mit den Menschen aufgerufen, die heute noch zu politischen Feinden erklärt werden und ein Appell gerichtet, »Die Welt zu unserer gemeinsamen Heimat werden zu lassen«.

Friedensbewegung

Im Hunsrück ein Denkmal enthüllt

pps - Am 5. Jahrestag des NATO-Beschlusses zur Stationierung nuklearer Erstschlagwaffen in der Bundesrepublik haben am Mittwoch Vertreter der Friedensbewegung im Hunsrück ein »Verweigerungsdenkmal« aufgestellt. Das Denkmal enthält in Kunstharz gegossene Selbstverpflichtungen zur »Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen«, stellvertretend für Tausende solcher von der Friedensbewegung gesammelten Erklärungen.

Das Denkmal steht auf einem Acker vor der US-Militärbasis bei Hasselbach neben den 96 Holzkreuzen, die dort schon vor einiger Zeit errichtet wurden, um die Vernichtungsdrohung der bei Hasselbach zur Stationierung vorgesehenen 96 Cruise-Missiles zu symbolisieren.

Eine Stellungnahme von Karl-Heinz Faber, SPD Stadtrat in Kastellaun

Als Mitglied der SPD und des Stadtrates von Kastellaun habe ich schweren Herzens zugestimmt, daß die Stadt Kastellaun auf Anfrage der Bezirksregierung Gelände für rund 70 weitere Wohneinheiten zur Verfügung stellt. Schweren Herzens deshalb, weil es sowohl gute Gründe gegen eine Housing gibt wie auch solche, die eher dafür sprechen.

Unter den Gründen, die dagegen sprechen, dominiert der Wunsch, die unseelige Aufrüstung anzuhalten oder zumindest zu behindern, wo immer es geht.

Das Wünschenswerte (als Kommunalpolitiker die Stationierung zu verhindern) hat sich jedoch spätestens als nicht machbar erwiesen, als sich die übergeordneten Stellen einen Dreck um das Nein des Beller Gemeinderates kümmerten.

Eine kurzzeitige Behinderung, was ein Nein aller gefragten Gemeinde- und Stadträte sicher bedeutet hätte, wäre m.E. gerade für uns in Kastellaun mit der Konsequenz verbunden gewesen, daß wir statt mit 70 "freiwilligen" Wohnungen wegen der räumlichen Nähe der B-Battery zu mehr als den doppelten erzwungenen Wohnungen gekommen wären.

Wenn ich jedoch die Stationierung nicht aufhalten kann und nur mit sehr negativen Folgen behindern kann, sollte ich dann nicht durch meine Gegenstimme ein Zeichen setzen ?

Ein Votum darf nicht nur ein Zeichen setzen wollen, sondern muß die ernsthafte Absicht enthalten, das erwünschte Ergebnis der Abstimmung umzusetzen. Im vorliegenden Fall hätte das bedeutet, daß die Stationierung ohne Wohnungsbau stattfindet. Es fällt nicht schwer sich vorzustellen, was dies für uns gerade im Raum Kastellaun bedeutet hätte.

Es gibt das Marktgesetz, wonach Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Für den Wohnungsmarkt in und um Kastellaun hätte dies bedeutet, daß die Balance zwischen Wohnungsangebot und -nachfrage völlig dahin gewesen wäre.

Dies bedeutet, daß die zahlungskräftigen Amerikaner (mit den Mitteln von Verteidigungshaushalten im Rücken) einheimische Wohnungssuchende im Mietpreis überbieten, durch das Marktgesetz und den Neuabschluß von erhöhten Vergleichsmieten das Mietniveau in schwindelnde Höhe getrieben wird.

Diese Folge der Stationierung, für die kein Amt für Verteidigungslasten bisher einen Ausgleich zahlt, müssen nur die kleinen Leute zahlen, die in den letzten Jahren ohnehin überbelastet wurden.

Zu meiner Entscheidung für den Bau von Wohnungen hat mich in erster Linie bewogen, daß ich nicht das Recht habe, den kleinen Leuten Folgen für meinen an sich berechtigten Protest zu zumuten.

Ich verwahre mich entschieden dagegen, daß ich damit auch die Atomraketen bejahe !

Dies liegt durchaus auch auf der Linie, wie sie die Kastellauner SPD vor der Wahl verkündet hat: "Wir lehnen die Stationierung von Atomraketen eindeutig ab ! Wenn die Stationierung gegen unseren Willen durchgesetzt wird, dann werden wir uns bemühen, die Schäden, die Belastungen und Auswirkungen für die Bürger der Stadt Kastellaun auf ein Minimum zu begrenzen."

Ich bin nicht so naiv zu glauben, daß hiermit die Folgen der Stationierung beseitigt wären, aber es ist ein kleiner Schritt gemacht, um wenigstens der Mietensteigerung entgegen zu wirken.

Es hat sicher bei anderen Ratsmitgliedern auch andere Motive für ihre Entscheidung gegeben. Ich gestehe anderen zu, daß man auch zu anderen Schlüssen kommen konnte. Wenn ich auch nur die geringste Chance gesehen hätte mit der Ablehnung der Housing die Raketen zu verhindern, so hätte ich dagegen gestimmt !

Aus den "Zeller Nachrichten"
(Amtsblatt der VG Zell/Mosel)

Woche Nr. 45/Freitag, 9.11.1984

Eine amerikanische Firma sucht

Mietshäuser für 50 Familien, die ab sofort bis Mai 1985 ankommen werden. Die gesuchten Mietobjekte reichen von modernen 2-Zimmer-Wohnungen bis zu modernen 7-Zimmer-Einfamilienhäuser im Umkreis von 15 km von Zell/Mosel.

Angebote senden Sie bitte an

CLARK HILL c/o Fam. Michel

Bergwinkel 1, 5583 Zell-Barl

Telefon 0 65 42 / 44 48

Büro für Friedensarbeit Rhein-Mosel

Hauptstr. 40

6544 Kirchberg

(Tel. 06763/3709)

vorläufige Öffnungszeiten:

Mo 18.00 - 20.00 Uhr

Di 9.30 - 13.00 Uhr

Do 9.30 - 13.00 Uhr + 17.00 - 19.00 Uhr

Sa 10.30 - 14.00 Uhr

Ab Januar geänderte Öffnungszeiten für unser Friedensbüro in Kirchberg.



coupon
ausgefüllt auf
frankierte Postkarte
kleben und senden an:

- ☐ Anbei 10,- DM für 10 FRIEDENS-INFOS
- ☐ Ich unterstütze das Friedensbüro regelmäßig und bekomme dann alle Ausgaben der FRIEDENS-INFORMATIONEN.

Absender:

Vor- und Zuname

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Telefon



Protokoll zur Delegiertenversammlung am 16.11.84 in Emmelshausen

Vertreten waren die Gruppen Bad Salzig/Boppard, Stromberg, Bingen, Kirchberg, Kastellaun, Simmern, Emmelshausen, St. Goar, Viethaler

Als Tagesordnung wurde festgelegt:

- | | |
|---------------------------------------|------------------------------------|
| 1. Öko-Bank | 6. Verhalten bei amerik. Einmarsch |
| 2. Info-Nachlese | in Nicaragua |
| 3. Arbeit in den Gruppen | 7. Housing |
| 4. Ostermarschkreis | 8. „Heldengedenktag“ |
| 5. Gemeinsame Aktionen zu Weihnachten | 9. Verschiedenes/nächstes Info |

Top 1) Von Manfred, FI E'hsn, wurde die Öko-Bank eingehend erläutert (s. Artikel in diesem Info).

Top 2) Benno, FI Viethaler, erklärte das Kurzprotokoll im letzten Info. Das ursprüngliche Protokoll habe vorwiegend nur eine Meinung beinhaltet und ließe die Sachlichkeit vermissen. Er bat darum, in den einzelnen Gruppen darüber zu diskutieren, um eine einheitliche Linie innerhalb der FI zu erreichen. Der Vorschlag von Reinhard, FI Kastellaun, abweichende Meinung als Artikel oder Leserbrief ans Info zu schicken, wurde mit großer Mehrheit befürwortet. Außerdem einigte man sich darauf, Einladungen von Gruppen und Parteien auf eine Seite zu vereinigen. Diskutiert wurde an dieser Stelle auch über das Verhältnis der hunsrücker Friedensinitiative zur DKP. Einige meinten, wir sollten zurückhaltend zur DKP stehen, andere argumentierten, man müsse dem Antikommunismus entschieden entgegenreten. Benno machte den Vorschlag, sich in den Gruppen intensiver mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Es wäre dabei sicher von Vorteil, auch einen Vertreter der DKP einzuladen.

Top 3 + 8) wurden zusammengefaßt. Zum „Heldengedenktag“ wurden von verschiedenen Gruppen Kranzniederlegungen geplant, in Stromberg wolle man eine Mahnwache durchführen. In Bingen werde u.a. eine Spielzeug-Umtauschaktion vorgenommen. Außerdem werde in Bingen ein Dia-Vortrag über die Folgen und Verharmlosung des Krieges durchgeführt, nichts für zarte Nerven, aber unbedingt sehenswert. Die Gruppen sollten sich bei Interesse an die Binger FI wenden; dort erhält man Informationen, wie und wo man sich diese Tonbildschau ausleihen kann.

Top 4) Benno berichtete, der Ostermarschkreis plane für Anfang nächsten Jahres eine Friedensversammlung aller Gruppen in RLP. Es sollen dort Arbeitskreise gebildet werden, z. B. 3. Welt, gewerkschaftl. Friedensarbeit im Betrieb, Christen u. Friedensarbeit usw. Der genaue Termin stand hierzu noch nicht fest, ist aber sicher mittlerweile im Büro zu erfragen. Zu dem Thema zentrale Aktionen stand vor allem Kastellaun kritisch gegenüber; diese Frage gehöre aber in die Vollversammlung, ob zentrale Aktionen oder nur eigene durchgeführt werden sollen. Horst, FI E'hsn, gab zu bedenken, daß die geplante Satonierung die ganze BRD angehe und wir uns nicht mit Eigenbrödlerei abkapseln sollten.

Top 5) Horst, FI Kirchberg, schlug vor, die öffentlichen Weihnachtsbäume mit Raketen und Tauben zu schmücken. Außerdem solle man den Antrag stellen, nur kranke Tannen aufzustellen. Man sollte auch im eigenen Haushalt kranke Bäume verwenden.

Top 6) Die hunsrücker FI beobachtet mit großer Sorge die sich verschärfende Interventionsgefahr der USA gegen Nicaragua. Alle Friedensgruppen werden aufgerufen, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir uns weiterhin und vor allem beim eventuellen Einmarsch verhalten werden.

Top 7) Zur Housing stehen in diesem Info Artikel von Heidrun und Reinhard.

Top 9) Die FI E'hsn plant für den 1.12. einen Informations- und Verkaufsstand auf dem Emmelshausener Weihnachtsmarkt. Das nächste Delegiertentreffen wurde festgelegt für den 14.12.84 in Bingen.

Protokollführerin Ute Petry, FI E'hausen

CDU & FDP gegen Sonderausschuß

Die SPD in der Verbandsgemeinde Kastellaun beantragte die Bildung eines Sonderausschusses "NATO-Bauvorhaben" im Verbandsgemeinderat. Dieser Ausschuss sollte die Auswirkungen der mit 300 Millionen DM veranschlagten Baumaßnahmen untersuchen. Es sollte aber nicht nur untersucht werden - wo möglich wollte man auch aktiv werden, um insbesondere die hauptsächlich betroffenen Gemeinden Bell und Hasselbach zu unterstützen.

Der amerikanische Kongress hatte sich im Frühjahr 1983 ausführlich mit den politischen, militärischen und strukturellen Fragen der geplanten Atomraketenbasis in der Verbandsgemeinde Kastellaun beschäftigt. In dem veröffentlichten Bericht werden alleine die Infrastrukturmaßnahmen mit Kosten von 117,3 Millionen \$ angegeben. Das entspricht ca. 300 Millionen DM.

Es sollen 2677 Amerikaner um die größte Raketenabschußrampe in Europa leben.

In den USA macht man sich Gedanken um Straßen, Schutzbunker, Parkplätze, eine Kapelle (!), chemisch-biologische Decontaminationszellen, Raketengefechtsstände, Werkstätten, ein Atomsprengkopfiglu, Abwässer, Strom- und Wasserversorgung, Sicherheitszäune, elektronische Abschirmungen, Beleuchtungsanlagen, Wohnsiedlungen, Sicherheitskontrollen, ein Einkaufszentrum, Abwechslung für die "Junggesellen", Feuerwache, Fernmeldezentrum, Kantine und einiges mehr.

Das Ergebnis im Kastellauner Rat war erschütternd. Lauschte man den Ausführungen von CDU und FDP Vertretern so konnte man glauben, da würde über irgend ein "Kinkerlitzchen" verhandelt. Originalton CDU: "Wo kämen wir denn da hin, wollten wir wegen jedem Bauvorhaben einen Ausschuß bilden!". Die beschwörende Rede von Willi Zimmer, der als Bürgermeister der Großgemeinde Bell um Hilfe bei "den täglich anfallenden Problemen" bat, wurde glatt ignoriert. Der Ausschuß wurde gegen die Stimmen von SPD und dem Grünen Abgeordneten abgelehnt.

Nun werden die Auswirkungen - wenn überhaupt - so nebenbei im Bauausschuß behandelt.

Was noch aufgefallen war: Obwohl der Tagesordnungspunkt mehrfach öffentlich angekündigt war, kamen nur 2 "Zuschauer". Josef Traut, Vertreter der Grünen, hatte sich leider inhaltlich nur sehr dürftig vorbereitet und listete dann in seiner Stellungnahme hauptsächlich Gründe gegen den Ausschuß auf. (fehlende Öffentlichkeit etc....) CDU und FDP atmeten richtig auf, als auch die Grünen von einem Ausschuß "eigentlich" nichts hielten. (natürlich aus anderen Gründen....)

Da der Verbandsgemeinderat nur alle 3 bis 4 Monate tagt ist meiner Meinung nach diese Sache vorläufig gelaufen. Nun wollen wir verstärkt Versuchen selber einen "Ausschuß" zu bilden, in dem die betroffenen Bürger Experten hören und sich mit der geplanten Raketenabschußrampe im Hunsrück beschäftigen.

R. Sczech, Bell

Der Patrioten-Hügel ist fast fertig

Dieser besagte Hügel liegt bei Dichtelbach und darauf werden wohl in Kürze die Patriot-Raketen stationiert, werden.

Vor einem Jahr noch war das Stationierungsgebiet überwiegend bewaldet. Mit atemberaubender Geschwindigkeit ist der Kandrich (^{der} ~~die~~ noch gängige Name) umgebaut worden. Dies' ging mit erheblicher Lärmbelastigung einher (davon mehr im Hunsrück Forum), daß ich den Eindruck hatte, sogar die LKW-Fahrer wurden dazu angehalten schneller zu fahren, damit dieses Wahnsinnsprojekt noch eher abgeschlossen werden kann. Zunächst war geplant, daß die Patriot 1986 stationiert wird, nach Auskunft des Bauleiters wird die Anlage nun 1985 im März fertig sein.

Ich frage mich, warum haben die das mit einem Mal so eilig? Ferner vermuten wir, daß schon Teile der Raketen gelagert werden, zumindest technisches Zubehör, denn die Aktivitäten der US-Armee haben erheblich zugenommen.

Neulich bot sich für uns ein selten ironisches Bild auf dem Patrioten-Hügel; mitten in dieser völlig verunstalteten Landschaft stand ein LKW mit der Aufschrift -Landschaftspflege-! Grund hierfür war die Begrünung der Anlage, flüssiger Grassamen wurde auf die Raketenschutzwälle gespritzt. Dieses Verfahren läßt alles schnell in zartem Grün erscheinen, so sieht es schöner aus und grün beruhigt bekanntlich.

Unsere neueste Information ist, daß auf dem Gebiet noch ein Bunker gebaut wird. Doch warum? Ich denke, die Raketen beschützen uns Sicherheit und sollen die bösen feindlichen Raketen abwehren. Na ja, vielleicht ist es schon richtig die Sicherheit etwas gründlicher zu planen. Doch umständlich finde ich es schon den Bunker oben auf den Berg zu bauen, eh' man/frau da mal oben ist!

In diesem Sinne schöne Weihnachten und ein friedliches Jahr 1985 wünscht der

Friedensstammtisch Rheinböllen

SELBSTPORTRAIT

Friedensgruppe

Emmelshausen



Stammtisch: wöchentlich Di 19.30 Uhr
Hotel Galgenhöhe, E'hsn

Entwicklung und Zusammensetzung

Erste Zusammenkunft 31. Mai 83. Die Initiative dazu ging aus von den örtlichen GRÜNEN. In der Folge entwickelte sich der Stammtisch eigenständig. Durchschnittliche Beteiligung 10-12 Leute, Männlein und Weiblein gleichviele. Parteinah bis parteigebunden weniger als die Hälfte, linkes Spektrum - Erweiterung auf rechtes Spektrum erwarten wir bis spätestens nach dem nächsten Krieg. Vorwiegend religiöse Orientierung zum kleinen Teil vertreten. Bisher vorübergehende Beteiligung von mindestens 50 Leuten. Bei einem Stammpersonal von ca. 10 sind für Einzelaktionen weitere ca. 10 als stille Reserve mobilisierbar.

Aktivitäten bisher (ohne regionale und überregionale)

- Demo 'Schweigen für den Frieden' und Fackel-Mahnwachen an Einkaufszentrum mit Flugblattverteilung
- Gespräch mit Pfarrern; auf Einladung hin kamen nur die evangelischen. Direkte Mitarbeit der Pfarrer war angesichts ihres Bedürfnisses, für alle dazusein, nicht zu erreichen. Jedoch wurde eine von diesen Pfarrern in Seminararbeit erstellte Schrift, die von uns positiv aufgenommen worden war, vervielfältigt und in der Kirche ausgelegt. Kürzlich konnten wir einen ev. Pfarrer für eine Stellungnahme in unserem Blatt 'Ent rüsten' (s.u.) gewinnen.
- Stand auf Emmelshausener Christkindelmarkt. Einziger Stand, bei dem auch etwas verschenkt wurde: Luftballons mit Friedenstaube für die Kinder (reißender Absatz) und am Stand gebackene Plätzchen. Der Stand wird freundlich angenommen. Diesjährige Auslagen: Bücher, Postkarten, Umweltschutzpapier, Buttons, kleiner Schmuck, Aufkleber, Nicaragua-Kaffee, Tee, Guatemala-Stoffsachen, Indianerposter, heißer Kaffee, Glühwein (gut für Kasse, auch bei mehreren Anbietern).
- Referate zum Hintergrundwissen: Außenpolitik der USA u. BRD, der SU u. DDR; Weltraumwaffen; Auswertung von Zeitungsartikeln RZ, TAZ, FR, UZ, DVZ; Video: Fernsehberichte zum Ostermarsch; 'Alternative Produktionen' (Rüstungsumwidmung).
- Plakatproduktion: 'MIT DEM TEUFEL IM BUNDE ?' (Hahn-Emblem farbig) Weiterhin zu haben für DM -,70 das Stück.
- Interview mit MdB R. Verhülsdonk (CDU) zur Stationierung
- Starthilfe bei Gründung der Bopparder Gruppe
- Volksbefragung am 17. Juni mit Versuch, eine einstweilige Anordnung zu erwirken betreffs Standplatz direkt vor Wahllokal; ging daneben mit 2 zu 1 Richterstimmen; jedoch setzten wir uns vor Ort gegen die Verwaltung durch, die uns, obwohl wir Kinder dieser Gesellschaft sind, über 100 m abtreiben wollte: ohne Erfolg trotz Polizeiauftritt.
- Eigene kleine Zeitung 'ENT RÜSTEN' mit obigem Emblem; die Friedenstaube präsentiert sich dialektisch: im Schild, gleichsam gerüstet. Ca. monatliches Erscheinen; erreicht, ausgeteilt von 6 Leuten, 4.000 Einwohner.

SELBSTPORTRAIT

FRIEDENSGRUPPE EMMELSHAUSEN

Ich heiße Eva, bin Hausfrau, 32 Jahre, lebe in Gondershausen, ich bin in keiner Partei.

Christel, bin Krankenpflegerin, seit 18 Jahren im Hunsrück, z.Z. Gondershausen, bin in keiner Partei.

Doris, bin 21 J., aus Hungenroth, in keiner Partei, Weltbürgerin.

Ute, 31 J., arbeite als kaufm. Angest., lebe seit 1971 in Pfalzfeld, bin Gewerksch. und Betriebsratsmitglied und i. d. DKP.

Ulrike, bin in keiner Partei.

Mechthild, bin 29 und Krankenschwester in der Gemeindekrankenpflege, ich bin in keiner Partei

Stephan, 19 J. geb. in Emmelshausen, Beruf Konditor, in keiner Partei.

Ralph, aus Ney, 15 Monate Wehrdienst, Student in keiner Partei.

Manfred, 31 J., Dipl. Betriebswirt, lebe auf Schloß Schöneck, in keiner Partei.

Diedel, 22 J., leiste zur Z. Zivildienst, ich bin Fotograf, in keiner Partei.

Horst, 36 J., seit Geburt Pfalzfelder, gel. Elektriker, seit 13 Jahren DKP Mitglied.

Bernd, 43 J., Lehrer, lebe in Gondershausen, 2 Jahre Bundeswehr freiwillig, in keiner Partei, Kriegsdienstverweigerer.

stichel, 42 J., 13 Jahre selbstst., seit 15 Jahren Wahlhunsrücker, Gondershausen, ich bin bei den Grünen.

Sabine, 21 J., geb. in Travemünde, seit 1 1/2 Jahren wohnhaft im Hunsrück, keine Partei

Axel, 22 J., demnächst Wehrdienst, parteilos, national eingestellt

Ulrike, 21 J., wohne in Gondershausen, derzeit im landwirtschaftlichen Praktikum, Christin, in keiner Partei

wir sind nicht ganz vollzählig - ein paar mehr noch - aber um auch anderen unsere Gruppe etwas persönlicher werden zu lassen - was ist für Euch der Grund, der wichtigste vielleicht, von den vielen:

" Warum bist Du in der Friedensbewegung ? "

Eva weil ich es einfach für notwendig halte

Christel weil ich meine, daß man mit Waffen keinen Frieden machen kann, es ist unsere letzte Möglichkeit

Diedel man muß diesen Rüstungswahnsinn ablehnen

Mechthild schon die Androhung von Krieg und Gewalt gegen andere Menschen steht als Widerspruch zum Evangelium

Bernd die beschlossene Stationierung der Cruise Missils und Persh. II waren ein zu starkes Ding

Manfred

Horst ich bin gegen das Großkapital, das an Rüstung und Krieg verdient.

einige wir werden heute durch Waffen und Rüstung dermaßen bedroht wir wollen Frieden und etwas dafür tun

Doris es ist pervers... gemeinsam geben UDSSR und USA pro Minute zwischen 30 und 40 Millionen Dollar für Rüstung aus ... während in der gleichen Zeit 30 Kinder auf der Welt verhungern

Stichel

Axel Deutschland wurde einmal zerbombt, beim nächsten Mal baut keiner mehr auf.

Sabine, Weil ich viel zu lange zu wenig getan habe.

Ständig bekommen wir zu hören : "Wir können ja doch nichts ändern und Ihr auch nicht. --- ----

Stephan Ich glaube es, auch wenn es nur ein Fünckchen Hoffnung gibt

Eva Wir können und werden etwas ändern

Diedel Für mich ist es auch persönlich wichtig, zum Nachdenken anzuregen, aufmerksam zu machen

Ute die Arbeitslosigkeit steigt, es wird massiv Sozialabbau getrieben, von Steuergeldern wird ins unermäßliche gerüstet aber nach einem dritten Weltkrieg wird es nichts mehr geben !

Doris wenn viele kleine Leute in vielen kleinen Orten

Horst viele kleine Dinge tun

Mechth. kann das Gesicht der Welt verändert werden

Horst wer sich nicht wehrt, hat schon verloren

einige steter Tropfen höhlt den Stein

Ute Wir wollen sagen können, daß wir es wenigstens versucht haben .

stichel und wir wollen bald Millionen sein

Ralph

Doris und ich meine das ist kein Argument, sondern eine Ausrede für die Leute, die kein Interesse daran haben etwas für die Zukunft unserer Welt zu tun

Ulrike und ändern wollen diese Leute anscheinend nichts

Bernd Gieße einen Liter Farbe ins Meer, man findet die Farbmoleküle bis Australien. - Von Jesus sagt man, er habe Milliarden beeinflusst, ich weiß nicht, welche Wirkung ich habe

viele ----- Wir können sie nicht zwingen die Wahrheit zu sagen wir können sie nur zwingen, noch unverschämter zu lügen -----

Das Kreuz mit der Einheit der Friedensbewegung

Jochen Dietrich über die Auseinandersetzungen im Koordinierungsausschuß

Der Bonner Koordinationsausschuß (KA) der Friedensbewegung steht vor der größten Zerreißprobe seit dem nunmehr dreijährigen Bestehen. Der Klausurtagung am vergangenen Montag lag ein wenige Tage vorher bekanntgewordener Antrag von acht KA-Mitgliedsorganisationen (Aktion Sühnezeichen, Initiative Kirche von unten, Pax Christi, Gustav-Heinemann-Initiative, Ohne Rüstung leben, Evangelische Studentengemeinde, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Komitee für Grundrechte) vor, der die Umwandlung des Koordinationsausschusses „zu einem reinen Beratungsgremium zur Diskussion über friedenspolitische Fragen“ fordert, „ohne jedwede Koordinations-, Aktionsvorbereitungs- oder Sprecher(nach außen-)Funktion“. Des weiteren heißt es in dem Antrag: „Diskussionen und Entscheidungen über Aktionen finden künftig außerhalb dieses Beratungsgremiums zwischen den Organisationen statt, die an bestimmten Aktionen Interesse haben ... Es finden keine von dem Beratungsgremium verantwortete Aktionskonferenzen statt.“ Das Bonner Büro des Koordinationsausschusses soll aufgelöst werden.

Diese De-facto-Auflösung des Koordinationsausschusses als zentrales Koordinationsgremium der Friedensbewegung wurde in der intensiven Debatte von Sprechern aller anderen Organisationen zurückgewiesen. Jusos, DFG/VK und BBU, KoFAZ, die sozialdemokratische IFAS, der studentische Dachverband VDS ebenso wie Grüne und „Autonome“ plädierten für die Fortsetzung und Intensivierung der Arbeit des Koordinationsausschusses. Doch weder diese Tatsache noch die verschiedenen Kompromißangebote, vorgebracht von Jusos, Grünen und DGB-Jugend, konnten die christlichen Friedensorganisationen auf der Klausurtagung umstimmen. Selbst das Anliegen der „Autonomen“, die Entscheidung zu vertagen, um Zeit für die Meinungsbildung zu gewinnen und auf dem „Autonomen“-Bundestreffen am 8./9. 12. diese wichtige Frage diskutieren zu können, wurden zurückgewiesen.

Nachdem der Koordinationsausschuß mit 17 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung beschloß, „die Diskussion und Entscheidung über den Antrag der acht Organisationen auf Änderung des KA-Status bis zum 14. Dezember“ zu vertagen, erklärten sechs der antragstellenden Organisationen, ab sofort nur noch mit Beobachterstatus im KA mitzuarbeiten. Die IKVU behielt sich eine ähnliche Entscheidung vor, die Aktion Sühnezeichen trat aufgrund ihrer Beschlußlage aus, mit dem Hinweis, nach erneuter Diskussion eventuell ebenfalls den Beobachterstatus zu beanspruchen. Gleichzeitig wurde von allen Sprechern der christlichen Organisationen die Hoffnung geäußert, möglichst schnell zu einer konstruktiven Einigung zu kommen.

Hintergrund der von den christlichen Friedensorganisationen seit dem Beginn der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen forcierten „Strukturdebatte“ ist die Frage nach der politischen und aktionsmäßigen Perspektive der Friedensbewegung. Wie so häufig in der Geschichte der außerparlamentarischen Bewegungen der Bundesrepublik Deutschland finden Zweifel an der politischen Erfolgsperspektive, Verarbeitung von politischen Niederlagen, Nachdenken über die schwieriger werdenden Kampfbedingungen ihren Ausdruck in einer „Strukturdebatte“. Und dabei hat sich immer wieder gezeigt, daß Strukturdebatten ein ungeeigneter Weg sind, die politischen Probleme und Fragen des weiteren gemeinsamen Kampfes zu klären. Ist es nicht viel dringender notwendig, daß sich die 30 KA-Organisationen über die politische Strategie des Friedenskampfes im Jahre 1985 und darüber hinaus verständigen, über gemeinsame Handlungsschritte beraten? Mangelt es nicht vielleicht an einem tragfähigen Gesamtkonzept? Müßte nicht gerade angesichts der wachsenden Kriegsgefahr, Stichworte: neue Bundeswehrplanung, Interventionsgefahr in Nicaragua, Wahlsieg von Reagan – die Zusammenarbeit – und zwar auch organisatorisch – der verschiedensten Kräfte verstärkt werden? Ist nicht gerade eine Festigung der Zusammenarbeit nötig, statt sie ins Unverbindliche abgleiten zu lassen?

Im Antrag der christlichen Gruppen werden wichtige „Voraussetzungen für die Sicherung der längerfristigen Existenz der Friedensbewegung“ formuliert. „Die Stärkung der lokalen, regionalen und berufsspezifischen Zusammenhänge“ wird gefordert. Völlig richtig, doch warum soll dies im Widerspruch zur gegenwärtigen KA-Struktur stehen? Ist es nicht so, daß durch die Breite der Zusammenarbeit im KA wichtige Impulse zur Stärkung der lokalen und regionalen Friedensarbeit gegeben wurden? Haben sich nicht durch den Vorschlag des KA, im Herbst 1983 Widerstandstage der sozialen Bereiche durchzuführen, Hunderte neuer Basisinitiativen gebildet – um nur ein Beispiel zu nennen? Der KA ist sicherlich ein Ausdruck der großen, lokalen Friedensbewegung, er ist aber zugleich ein wichtiges Instrument der Friedensbewegung, die lokale Arbeit zu vernetzen, zu koordinieren.

Ich selbst habe als Vertreter der Vereinigten Deutschen Studentenschaften im Koordinationsausschuß gearbeitet. Vom 10. 10. '81 bis zum Friedensherbst '84 haben wir zusammen – die Friedensbewegung, die vielen Millionen engagierten Menschen – Historisches geleistet: Der sicherheitspolitische Konsens wurde aufgebrochen, immer neue Kräfte schlossen sich der Bewegung an, der DGB kam hinzu, die SPD veränderte ihre Position, die Friedensbewegung hat sich bis ins konservative Lager verbreitert. Und dabei haben wir, bei allen Auseinandersetzungen, Mißtrauen überwunden, voneinander gelernt, gemeinsam neue Erfahrungen gemacht, gespürt, daß wir zusammen eine große, verändernde Kraft sind, die entscheidend ist, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll, wenn der Frieden gesichert werden soll. Die historische Verantwortung, die alle Beteiligten in der Friedensbewegung tragen, ist groß, ja, sie wird täglich größer. Dieser Verantwortung müssen wir uns immer bewußt sein, auch und gerade in den tagtäglichen Auseinandersetzungen und Streitereien, wo sie häufig aus dem Bewußtsein verdrängt wird.

Protokoll vom Delegiertentreffen am 14.12.84 in Bingen

Anwesend waren die Gruppen Bacharach, Emmelshausen, Bingen, Rheinböllen, Stromberg sowie Helmut Jordan

Als Tagesordnung wurde festgelegt:

1. Rheinland-pfälz. Friedensvers. am 20.1.85
2. Ostermarsch '85
3. Wer macht das nächste Info?

4. Vollvers. der FI Rh.-Hunsr./Mosel/N.
5. Weihnachten an der B-Battery
6. Informationen über Verein für Friedenspol. u. demokr. Bildung e.V.

TOP 1) Siehe Info Seite 16! Benno appellierte nochmals an alle Gruppen, sich zu beteiligen und sich entsprechend den Themen vorzubereiten.

TOP 2) Der Vorschlag von Helmut Jordan, die Hunsrück FI solle sich für den zentralen Ostermarsch für RLP im Hunsrück einsetzen, fand bei den anwesenden Delegierten ausnahmslos Zustimmung. Alle Gruppen wurden aufgerufen, die Osteraktionen zu diskutieren und mit festen Vorstellungen zur Vollversammlung zu kommen, auf der dann das weitere Vorgehen zum Beschluß wird.

TOP 3) Das nächste Info (Jan. '85) wird von den Strombergern gestaltet. Um rege Korrespondenz wird gebeten!

TOP 4) Nach kurzer Diskussion einigte man sich, die Vollversammlung der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe auf den 6. Jan. 85 um 14.00 h nach Hundheim oder Wüschheim festzulegen. Der Ort wird vom Büro organisiert und kann dort nachgefragt werden. Vorschlag der Delegierten zur Tagesordnung für die Vollversammlung:

1. Rückblick '84 (u.a. Dias von d. Menschenkette)
2. Informationen über militärische Anlagen
3. Ostermarsch '85
4. Besuch der B-Battery
5. Erfahrungsaustausch
6. Rheinl.-pfälz. Friedensvers. am 20.1.85
7. Beziehungen zu Friedensfreunde in Mutlangen
8. Zur Situation der Friedensbewegung
9. Verschiedenes, Wünsche u. Anregungen

Alle Friedensfreunde sind hiermit eingeladen mit der Bitte um sachliche und konstruktive Beiträge, damit unsere Vollversammlung zum guten Einstieg ins neue Jahr wird.

TOP 5) Dieser Tagesordnungspunkt wurde mit einer Frage behandelt: "Was läuft von Seiten der Kirchen?" Informationen bitte ans Büro geben.

TOP 6) Siehe Info Seite 15. Gruppen, die noch nicht im Verein eingetreten sind, sollten dies nachholen.

TOP 7) Die Binger Gruppe hat Kontakt zu einem Autor aus Westberlin, der Ausstellungen und Referate zu militärischen Strategien anbietet. Näheres: Kontaktadresse Bingen: Werner Bauer, Mainzer Str. 78, Trechtlinghausen, tel. 06721/6545.

Wegen Redaktionsschluß Verfasser: Horst Petry



Dämonen und andere Weihnachtsgeschenke.

VEREIN FÜR FRIEDENSPOLITISCHE UND DEMOKRATISCHE BILDUNG e.V.

RHEIN HUNSRÜCK MOSEL NAHE

Nun ist es soweit, der heiß diskutierte Verein ist gegründet und sogar schon in das Vereinsregister eingetragen.

Hier noch einige Gründe, warum die FI einen Verein für erforderlich hielt:

1. Damit es Spendern möglich ist, ihre Spenden steuerlich abzusetzen (was momentan leider noch nicht machbar ist, weil der Verein noch nicht als gemeinnützig anerkannt ist).
2. Damit für das Friedensbüro eine Teilzeitbeschäftigte eingestellt werden kann, der dann auch fester Lohn und Sozialversicherungen zugestanden werden.
3. Einzelpersonen, die vor der Vereinsgründung das Spendenkonto verwalteten, hatten alle evtl. steuerrechtliche und finanzielle Risiken zu tragen. Jetzt ist der Verein haftbar.

Der Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung besteht aus 9 Mitgliedern. Die Aufgaben innerhalb des Vereins sind folgendermaßen aufgeteilt: 1. Vors. Elisabeth Nissing- 5449 Bell, 2. Vors. Rosi Heidecker- 5449 Bell, 3. Vors. Horst Petry- 5449 Pfalzfeld, Kassensführerin Hildegard Engelmann- 6544 Oberkostenz, Kassensprüfer Manfred Scherer- 6540 Holzbach+ Michael Jordan- 6542 Rheinböllen + Christa Wolf- 6533 Bacharach. Außerdem gehören zu den Mitgliedern: Heidrun Zimmer-Wagner/6541 Kappel, Axel Weirich/6544 Kirchberg.

Seinen Sitz hat der Verein im Büro für Friedensarbeit in Kirchberg, Hauptstr.40. Dort können sich auch Interessierte hinwenden, die die Satzung einsehen wollen.

Hier nur einige wichtige Punkte aus der Satzung: §2 Abs.1 (Zweck des Vereins)

- die Unterstützung von Gruppen und Einzelnen, die sich an der Bewußtseinsbildung beteiligen wollen, insbesondere die Unterstützung und Koordination der Arbeit von Friedensstammtischen und-gruppen in der Region.
- die Zusammenarbeit mit allen privaten, kirchlichen und öffentlichen Stellen, Institutionen und Vereinigungen, die vergleichbare Ziele verfolgen.

§4 (Mittel des Vereins)
-zu Erfüllung seiner Aufgaben bemüht sich der Verein um Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Um gleich an den §4 anzuschließen, das Büro braucht dringender denn je eure Spenden, damit der Info-Austausch nicht gefährdet wird.

Das neue Konto: Volksbank Kirchberg/ Blz:560-61472/ Kto.Nr.1013591

WICHTIG: Alle Leute die schon Daueraufträge für das Büro Haben, laßt bitte die Kontonummer ändern.

Im Voraus schon vielen Dank, (für evtl. Spenden)

E. Nissing

HÄNDE WEG VON NICARAGUA!

Wir warnen die USA vor einem Überfall auf Nicaragua

Die Friedensbewegung warnt die USA eindringlich vor einer militärischen Intervention gegen Nicaragua. Die USA dürfen sich über einen wachsenden Anti-Amerikanismus in der Bundesrepublik nicht wundern, wenn diese Großmacht in kaltblütiger Weise ein kleines Land überfällt oder mit militärischen Drohgebärden in die Enge treibt.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik fordert ein Selbstbestimmungsrecht für alle Länder in Mittelamerika und verurteilt jegliche Intervention von außen in die inneren Angelegenheiten dieser Länder. Ein Überfall auf Nicaragua würde eine Welle der Empörung und des Protests gegen die Politik der USA auslösen, was nicht ohne Auswirkungen auf die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen bleiben wird.

Die Bundesregierung wie auch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, sich von der Mittelamerika-Politik der USA zu distanzieren. Die Friedensbewegung würde es begrüßen, wenn Bundestagsabgeordnete als Schutz gegen eine amerikanische Inva-

sion sich in den nächsten Wochen abwechselnd in Nicaragua aufhalten würden.

Viele Initiativen bereiten sich auf Protestaktionen gegen die Mittelamerika-Politik der USA vor. Von Freitag an werden vor der amerikanischen Botschaft in Bonn, wie vor dem US-Konsulat in Düsseldorf und den Amerika-Häusern in Köln und Frankfurt Mahnwachen aufgebaut.

Der Wahlsieg von Ronald Reagan erhöht die Bedrohung des Weltfriedens. Der Rüstungswahnsinn wird auf allen Ebenen weitere 4 Jahre voranschreiten. *Das Ende dieser Logik ist nicht der Frieden, sondern Krieg!*

Reagans zweite Amtsperiode wird trotz der Beteuerungen von Regierungspolitikern die Entfremdung zwischen Europa und den USA vertiefen. Große Teile der europäischen Öffentlichkeit sind mit den militärischen, ökologischen und ökonomischen Strategien der USA nicht mehr einverstanden. Europa muß einen eigenen Weg finden. Die Friedensbewegung hat die Aufgabe, diesen Prozeß voranzutreiben.

(Presseerklärung der Geschäftsführung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung vom 14. Nov. '84)

Todos juntos venceremos!

Wir fordern alle Friedensinitiativen auf:

- ★ Informiert Euch ständig über die aktuelle Entwicklung und macht Aktionen dazu
- ★ Beteiligt Euch an Diskussionen, um breiteste Bündnisse vor Ort zu schaffen
- ★ Beteiligt Euch an Aktionsabsprachen in Städten und Regionen
- ★ Macht schon jetzt Aktionen, und sei es "nur" ein Büchertisch oder Flugblattverteilen
- ★ Informiert auch uns über die von Euch geplanten Aktionen.

Die Nicaragua- und Mittelamerikakomitees wollen eine bundesweite Kommunikation aufbauen. Wenn es in Eurem Ort ein Mittelamerikakomitee gibt, fragt dort nach! Sonst gibt es auch das Info-Büro Nicaragua in 5600 Wuppertal, Schulweg 123 (Tel.: 0202/760527). Dort gibt es auch Material und Infos. Bei uns im Koordinationsbüro gibt es immer noch die sehr instruktive Mittelamerika-Broschüre zum Preis von 3,-.

Friedensbewegung und Solidaritätsbewegung gemeinsam: Verteidigen wir die Revolution in Mittelamerika! No pasaran!

Luis Santiago Palacios Gómez Granatwerfer

Unsere 120 mm-Granatwerfer machen beim Feuern einen Krach daß einem Hören und Sehen vergeht. Trotzdem packt uns jedesmal eine Wut denn da fliegen sie hin die Krankenhäuser, die Schulen die Erholungszentren die wir nicht bauen können weil wir uns verteidigen müssen.



Die Bank, die endlich Bewegung in die Bewegung bringt. Anfang des Jahres wurde von Leuten aus der Ökologie- und Friedensbewegung und v.a. der Verein 'Freunde und Förderer der Ökobank e.V.' gegründet.

Dieser Verein hat sich zum Ziel gesetzt, sechs Millionen Mark zusammenzubekommen, das Grundkapital zur Gründung einer Bank auf Genossenschaftsbasis. Sobald dieses Kapital bereitliegt, wird die Gründung vollzogen.

Grundlegendes geschäftspolitisches Ziel der Ökobank ist die Förderung ökologischer Projekte und selbstverwalteter Betriebe mit zinsgünstigen Krediten.

Die Ökobank wird keine Kredite für umwelt- und menschen feindliche Zwecke geben.

Hunderttausende von Friedensdemonstranten sind eine gewaltige politische Macht. Sie sind aber auch eine ernstzunehmende wirtschaftliche Kraft. Wir müssen uns endlich bewußt machen: auch Alternative und Friedensbewegte haben Konten; aber bei Banken, deren politische und wirtschaftliche Absichten sich von den unseren fundamental unterscheiden. Es ist paradox aber wahr: Mit unserem Geld finanzieren wir, was wir politisch bekämpfen und abschaffen wollen.

Vielleicht stärken wir das System alleine durch unser Geld mehr, als wir es durch unser politisches Engagement schwächen.

Ich hoffe mit diesem Artikel Euer Interesse soweit geweckt zu haben, daß Ihr eine Postkarte zur Hand nehmt und Euch das Info 'Ökobank' bei

Verein Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel
Tel.: 06171/75030 bestellt.

In dem Info könnt Ihr alles nachlesen, was es noch an Fragen gibt. Und das sind wohl einige. Auch ich stehe gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Manfred, FI Emmelshausen, 06745/581

Kontakt mit Mutlangen

Vertreter der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel haben sich kürzlich mit Vertretern der Pressehütte Mutlangen und deren Patenschaftsinitiative Kaast bei Jochen getroffen, um Erfahrungen in der jeweiligen Arbeit auszutauschen. In dem Gespräch hat sich ergeben, daß grundsätzlich verschiedene Voraussetzungen für die Friedensarbeit gegeben sind.

Die Dauerpräsenzler in der Mutlanger Pressehütte haben einen schweren Stand bei der ansässigen Bevölkerung. "Ihr seid gekommen wie die Flüchtlinge und seid geblieben." Sie sind Fremde und werden auch so behandelt. Inwieweit sie selbst es versäumt haben, neben dem aktiven Widerstand (Blockaden etc.) genügend Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, ist eine andere Frage.

Sie werden unterstützt (Besuche, Verpflegung, Wäsche waschen) von einigen wenigen mutigen Familien, die dabei die sozialen Bindungen mit ihren Mitbewohnern riskieren und eine Außenseiterposition einnehmen. Die Konfrontation wird zusätzlich durch ein hartes und rigoroses Vorgehen der Polizei verstärkt. Die Situation in Mutlangen läßt sich mit der im Hunsrück nicht vergleichen. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, uns Gedanken über eine mögliche Zusammenarbeit zu machen. Diese erschien allen Anwesenden gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sogar dringend notwendig, denn hier geht es nicht um die Zusammenarbeit irgendwelcher Initiativen sondern um die zwei Stationierungsorte, die bisher in der Öffentlichkeit kaum in Zusammenhang gebracht werden. Wie diese Zusammenarbeit im Einzelnen aussehen könnte, muß in weiteren Gesprächen noch erörtert werden.

Impressum:

-Friedensinformationen-
V.i.S.d.P.
Friedensgruppe Emmelshausen
Horst Petry, Hausbayer Str.4
5449 Pfalzfeld, Tel. 06746/1639
Druck: Eigendruck

+++termine+++termine+++termine+++term	06.01.85	Vollversammlung der FI Rhein-Hunsr.-Nahe-Mosel 14.00 h in Hundheim oder Wüschheim	+++termine+++termine+++termine+++term
+++termine+++termine+++termine+++term	20.01.85	Rheinland-pläzische Friedensversammlung in Mainz (geneuer Ort u. Zeit im Büro erfragen)	+++termine+++termine+++termine+++term
+++termine+++termine+++termine+++term	24.01.85	Mitgliederversammlung des Vereins für friedenspolitische und demokratische Bildung e.V. um 19.30 h im Kirchberger Friedensbüro	+++termine+++termine+++termine+++term